Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Oyl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 151 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. — | Halver Donnerstag, den 1. Juli | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt" und „Herd und Scholle" | 1926

Fürstenabfindung vor dem Reichstag

Erste Reichstagsaussprache.

o. Berlin, 29. Juni.

Wer schon zu Beginn der Aussprache über die Fürstenabfindung im Reichstage lebhafte Kämpfe, erbittertes Aufeinanderprallen der Gegner erwartet hatte, wurde enttäuscht. Die Dienstagsitzung, die auf ihrem Programm die Beratung des Kompromißentwurfes der Regierung zeigte, begann, wenigstens in ihrem äußerlichen Bilde, „matt und lustlos", wie es in der Börsensprache so oft heißt. Zwar wurde in den Wandelgängen mancherlei behauptet und noch mehr geflüstert, so von der beginnenden Einigung zwischen Regierungsparteien und Sozialdemokraten. Diese sollten nur noch die Erfüllung dreier Wünsche als Entgelt für ihre Zustimmung fordern — Anwendung der demnächstigen gesetzlichen Vorschriften auch auf Gerichtsurteile über Fürsteneigentum, die vor 1918 ergangen sind, Nachprüfung bereits von einzelnen Ländern abgeschlossener Vergleiche auf einseitigen Antrag des beteiligten Landes, Aufwertung fürstlicher Vermögensansprüche nur nach Gebrauchswert der umstrittenen Gegenstände.

Die Prophezeiungen von bevorstehender Auflösung des Reichstages traten diesmal ziemlich zurück. Viel besprochen wurde dagegen die Nachricht, die Deutschnationale Volkspartei hätte ihre gesamten beurlaubten oder erkrankten Mitglieder zur ersten Lesung des Entwurfes nach Berlin berufen. Im Sitzungssaale bemerkte man jedenfalls nichts davon. Als der Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei Dr. Pfleger als Berichterstatter in einstündiger Rede die allerdings sehr bekannten Verhandlungen des Rechtsausschusses wiedergab, sprach er zu recht lückenhaften Bänken und die Anwesenden ließen sich trotz mehrmaliger Mahnung des Präsidenten wenig in ihren Privatgesprächen stören. Eine kleine Auffrischung gab es, als nach Schluß des Pflegerschen Referates Präsident Löbe vorschlug, jetzt und an den folgenden Tagen nur die Einzelberatung des Kompromißvorschlages und der im Rechtsausschuß vorgenommenen Änderungen in Angriff zu nehmen. Das ganze Paragraphenwerk soll dabei in mehrere Gruppen eingeteilt, jeder Partei zu jeder Gruppe aber 15 Minuten Redefrist gegeben werden. Das war den Kommunisten zu wenig, zwei ihrer Vertreter plädierten für wenigstens 30 Minuten. Als ein Zuruf aus dem Zentrum die Frist von 15 Minuten als reichlich bezeichnete, meinte der kommunistische Sprecher unter ziemlicher Heiterkeit, das Zentrum möchte am liebsten die Verhandlungen unter Klausur führen, die Kommunisten würden aber den Zentrumswählern genügende Lichter anzünden. Abgeordneter von Graefe, der völkische Führer, verlangte sofortige prinzipielle Aussprache über die ganze Angelegenheit. Da bei Befragung des Hauses er allein mit einigen Freunden für seinen Wunsch stimmte, blieb es in diesem Punkte sowohl wie in der Begrenzung der Redezeit bei den Anregungen des Präsidenten. Alsbald begann dann die Reihe der Redner den ersten Paragraphen des Gesetzes unter ihre parteipolitische Lupe zu nehmen. Die gleiche Beschäftigung mit den folgenden Abschnitten wird wahrscheinlich auch den Mittwoch und Donnerstag in Anspruch nehmen. — Freitag soll dann die dritte Lesung vor sich gehen und die grundsätzliche Entscheidung fallen — falls sich bis dahin nicht ein Zwischenfall ereignet, der die Situation irgendwie umdreht.

*

Sitzungsbericht.

(220. Sitzung.) CB. Berlin, 29. Juni.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des deutsch-österreichischen Übereinkommens über die Durchführung der Sozialversicherung im zwischenstaatlichen Verkehr.

Abg. Rädel (Komm.) bezeichnete das Abkommen als unbefriedigend, weil es nur die Sozialversicherung, nicht die soziale Fürsorge umfasse. Er beantragte die Überweisung des Entwurfs an den Sozialpolitischen Ausschuß. Die Ausschußüberweisung wurde jedoch abgelehnt und das Abkommen in zweiter und dritter Beratung debattelos angenommen.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die

vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den deutschen Ländern und den vormals regierenden Fürstenhäusern.

Abg. Dr. Pfleger (Bayer. Vp.) erstattete den Bericht über die Verhandlungen des Rechtsausschusses.

Präsident Löbe machte darauf den Vorschlag, bei der jetzigen zweiten Beratung von einer Generaldebatte Abstand zu nehmen und diese erst bei der dritten Lesung vorzunehmen, also gleich in die Einzelberatung der Paragraphengruppen einzutreten. Die Redezeit dafür soll fünfzehn Minuten betragen. Die Abgg. von Gräfe (Völk.) und Neubauer (Komm.) wandten sich gegen diesen Vorschlag. Der Vorschlag des Präsidenten wurde dann doch gegen die Völkischen und Kommunisten angenommen.

Beim § 1, der die Einsetzung und Zusammensetzung des Reichssondergerichts bestimmt, erklärte Abg. Dr. Barth (Dtn.), die Vorlage sei unter dem Druck der Straße radikalisiert worden. Der jetzt vorliegende Entwurf verletze wesentliche Grundsätze jedes Rechtsstaates, die Achtung vor dem Eigentum und die Rechtsgleichheit aller Staatsbürger. Der Redner begründete einen Änderungsantrag wonach die vier Laienmitglieder des Sondergerichts nicht Mitglieder von Parlamenten des Reiches oder der Länder sein, oder gewesen sein dürfen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) meinte, bei dem Gesetze handle es sich nicht um eine Enteignung von Fürstenvermögen, sondern darum, Volkseigentum, das von den Fürsten geraubt sei, an das Volk zurückzugeben. Zum § 1 beantragte der Redner, daß die Mitglieder des Sondergerichts und ihre Stellvertreter vom Reichstag gewählt werden.

Reichsinnenminister Dr. Külz

erklärte, daß die Regierung geschlossen hinter dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung stehe. Der Entwurf sei nicht zustande gekommen unter Konzessionen an den Druck der Straße. Berücksichtigt worden sei allerdings der millionenfach geäußerte Volkswille zur Bereinigung der Auseinandersetzungsfrage. Konzessionen müssen dabei von beiden Seiten gemacht werden. Die Parteien, die das Zustandekommen des Gesetzes zu vereiteln wünschten, würden dabei vor dem deutschen Volke eine außerordentliche Verantwortung auf sich nehmen.

Die Regierung würde aus dem Nichtzustandekommen Konsequenzen ziehen. Es handle sich nicht bloß um eine Rechtsfrage oder eine politische Frage, sondern um beides zusammen. Das komme auch in der Zusammensetzung des Sondergerichts zum Ausdruck. Der § 1 betitelt diesen im ganzen Gesetz gesuchten Ausgleich zwischen politischen und Rechtsfragen.

Abg. Schulte (Ztr.) trat für § 1 in der vorliegenden Fassung ein.

Abg. von Gräfe (Völk.) erklärte alle Verbesserungsversuche für aussichtslos.

Abg. Neubauer (Komm.) meinte gleichfalls, daß die Vorlage nicht verbesserungsfähig sei, sondern abgelehnt werden müsse.

Abg. Alpers (Wirtsch. Vgg.) sieht in dem vorliegenden Entwurf eine annehmbare Lösung.

Abg. von Lindeiner-Wildau (Dtn.) erwiderte dem Minister, seine Freunde wären bereit gewesen, den Gedanken der Regelung der noch schwebenden Auseinandersetzungen durch ein Sondergericht nicht von vornherein von der Hand zu weisen. Der vorliegende Gesetzentwurf böte aber keine annehmbare Lösung.

Der sozialdemokratische Änderungsantrag wurde darauf gegen die Antragsteller, der deutschnationale Antrag gegen die Deutschnationalen und die Völkischen abgelehnt.

In einfacher Abstimmung wurde § 1 gegen die Kommunisten und Völkischen bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen angenommen.

Die §§ 2—4 bestimmen die Bedingungen, unter denen das Sondergericht errichtet wird. Nach § 2 kann dieses eine nach der Umwälzung von 1918 vorgenommene Gesamtauseinandersetzung nur auf übereinstimmenden Antrag beider Parteien, des Landes und des Fürstenhauses, neu aufrollen.

Abg. Landsberg (Soz.) beantragte, daß der Antrag des Landes allein genügt. Der Redner beantragte weiter, daß für Gesamtauseinandersetzungen, die nicht nach der Staatsumwälzung erfolgt sind, ein besonderer Antrag überhaupt nicht nötig ist.

Abg. v. Richthofen (Dem.) meinte, bei der Annahme des sozialistischen Antrages würde auch in den Ländern, wo die Auseinandersetzung schon zur Befriedigung beider Teile abgeschlossen sei, die ganze Frage neu aufgerollt werden.

Abg. Schneller (Komm.) warf den Sozialdemokraten vor, sie setzten sich in Widerspruch zu den Millionen, die für die entschädigungslose Enteignung gestimmt hätten.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vgg.) bezeichnete den Grundgedanken der Landsbergschen Anträge als richtig. Bei der Schaffung der Weimarer Verfassung sei vergessen worden, eine Rechtsgrundlage für diese Fälle zu schaffen.

Die sozialdemokratischen Anträge wurden gegen die Antragsteller abgelehnt. § 2 der Ausschußvorlage wurde gegen die Stimmen der Mittelparteien unter lauten Rufen der Kommunisten abgelehnt. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten, die Deutschnationalen, die Kommunisten und die Völkischen. Zu § 3, der die Antragschriften bestimmt, wurde ein sozialdemokratischer Änderungsantrag abgelehnt. Im Hammelsprung wurde dann § 3 mit 142 gegen 138 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei 79 Stimmenthaltungen der Deutschnationalen und Völkischen unter großer Heiterkeit angenommen. § 4 wurde mit dem gleichen Stimmverhältnis genehmigt. Die §§ 5—7 regeln die Auseinandersetzung zwischen dem Staat und Privateigentum. § 5 stellt Richtlinien für die Unterscheidung zwischen Staats- und Privateigentum auf. Als Privateigentum soll nur gelten, was die Fürsten auf Grund eines Privatrechtstitels mit privaten Mitteln unentgeltlich, im Erbgang, als Mitgift, auf Grund privater Schenkung oder durch ähnliche Gründe erwarben.

Abg. Lohmann (Dtn.) beantragte die Streichung der Richtlinien. Das Sondergericht werde vor eine unlösbare Aufgabe gestellt, wenn es auf die Einzelheiten der ersten Erwerbung bei jedem Vermögen zurückgehen soll.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) beantragte die Einfügung der Bestimmung: In Zweifelsfällen spricht die Vermutung für Staatseigentum. Im § 6 wird u. a. bestimmt, daß das Reichssondergericht auf Antrag einer Partei von einem nach der Staatsumwälzung von 1918 ergangenen rechtskräftigen Urteil abweichen kann, wenn es feststellt, daß das Urteil auf Gründen beruht, die mit den Vorschriften des vorliegenden Gesetzes unvereinbar sind.

Abg. Landsberg (Soz.) beantragte die Ausdehnung dieser Bestimmung auch auf die vor 1918 ergangenen Urteile. Er verwies besonders auf die Entscheidung über Schwedt und Vierraden.

Abg. Dr. Rosenberg (Komm.) erklärte, er würde auch der von den Völkischen beantragten Enteignung der Bank- und Börsenfürsten zustimmen.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Vp.) hält die Richtlinien für unbedingt notwendig, weil das früher formale Recht zur gerechten Entscheidung der Auseinandersetzung nicht ausgereicht habe.

Die deutschnationalen Abänderungsanträge wurden gegen die Stimmen der Antragsteller und der Völkischen, die sozialdemokratischen gegen die Antragsteller abgelehnt. § 5 wurde bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten gegen die Deutschnationalen, Völkischen und Kommunisten angenommen. Beim § 6 wurde ein Antrag der Deutschnationalen, wonach rechtskräftige Urteile und Schiedssprüche, Verträge, Vergleiche und Anerkenntnisse maßgebend bleiben sollen, in namentlicher Abstimmung mit 301 gegen 108 Stimmen der Deutschnationalen und Völkischen abgelehnt. Die §§ 6 und 7 wurden bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Zwischen Reichsinnenminister Dr. Stresemann und dem russischen Botschafter Krestinsky wurden in Berlin die Ratifikationsurkunden zu dem kürzlich geschlossenen deutsch-russischen Vertrag ausgetauscht.

* Die Reichsregierung ist von den Reichstagsparteien ersucht worden, in Verbindung mit den Ländern die Schäden der Hochwasser- und Unwetterkatastrophen festzustellen und für ausreichende Hilfe zu sorgen.

* Im Reichstag begannen die Beratungen über den von der Regierung vorgelegten Kompromißentwurf zur Fürstenabfindung.

* Der Prozeß gegen Barmat wird erst zu Beginn des Jahres 1927 stattfinden.

* In Spanien sind mehr als 100 Offiziere wegen Beteiligung an dem Komplott gegen das spanische Direktorium verhaftet worden.

Begabtenprüfung.

Von einem bekannten Juristen der Breslauer Universität erzählt man sich, er habe als Prüfender im Referendarexamen einmal an den Prüfling folgende Frage gestellt: „Nehmen Sie an, Sie befinden sich auf dem Mond und sehen dort ein Portemonnaie liegen; wollen Sie mir bitte Ihre Gedanken darüber entwickeln, wie Sie sich als Jurist zu dieser Sache stellen." Der Prüfende will mit einer solchen Frage feststellen, ob der Prüfling juristisch zu denken versteht. Damit kann man vergleichen, was jetzt über die Abiturientenprüfung an neuen Bestimmungen herausgekommen ist. Es soll bei der Prüfung auf die Selbsttätigkeit des Schülers, auf seine allgemeine geistige Reife ankommen, weniger auf die mehr oder weniger mühsam errungenen Einzelkenntnisse; sowohl die schriftliche wie namentlich die mündliche Prüfung, von der jetzt niemand mehr befreit werden soll, wird dieses Ziel im Auge haben: Ist der Prüfling zu einer wirklichen Reife gediehen, besitzt er Urteilskraft und Darstellungsvermögen?

Wie sich im ganzen deutschen Schulwesen der Drang nach einer individuellen Behandlung der Schüler immer stärker durchgesetzt hat, so wird auch jetzt die Abiturientenprüfung unter diesen Gesichtspunkt gestellt; es soll festgestellt werden, welche besonderen Begabungen der Prüfling hat. Gerade darin soll er geprüft werden, wo seine Stärke liegt. Neu ist, daß in der schriftlichen Prüfung an die Stelle einer Arbeit eine größere Hausarbeit treten kann, wie sie ja beim Doktorexamen sowie bei anderen staatlichen Prüfungen schon längst besteht. Wie leicht wird es da manchmal zu eigenartigen Ergebnissen kommen. So hat zum Beispiel ein sehr bekannter Berliner Kapellmeister in der Oberprima, als für den Aufsatz freigewählte Themen gestattet wurden, über „Das Wesen der Programmusik" geschrieben. Der Professor setzte darunter als Zensur: „Ich verstehe nichts davon. Sehr gut." Derartiges kann nach der neuen Prüfungsordnung vermieden werden dadurch, daß der Anstaltsleiter in solchen natürlich seltenen Fällen einen außenstehenden Fachmann als Mitberichterstatter bestellt.

Schließlich soll jeder Schüler von vornherein seine Wünsche über jene schriftlichen Arbeiten aussprechen, bei denen zwischen bestimmten Fächern eine Wahl gelassen ist. Unter den schriftlichen Arbeiten sind ja in der Regel mindestens zwei als Pflichtfächer anzusehen, je nach der Art der Schule; aber schon bei der Oberrealschule besteht eine größere Auswahlmöglichkeit, weil die sogenannten Realfächer sämtlich als gleichwertig betrachtet werden. Bei der mündlichen Prüfung kann der Prüfling von vornherein das Fach angeben, in dem er seine besondere Leistungsfähigkeit nachweisen will.

Der Gedanke, den Prüfling hinsichtlich seines Könnens individuell zu behandeln, ist aber noch weitergeführt worden. Nicht bloß, daß die Lehrerkonferenz über Zulassung bzw. Nichtzulassung zur Prüfung zu entscheiden hat, während bisher diese Entscheidung in die Hände des prüfenden Oberschulrats, des staatlichen Kommissars, gelegt worden war, sondern auch die körperliche Tüchtigkeit des Prüflings soll mit dazu dienen, sich ein Bild über den ganzen Menschen zu machen. Gerade in der turnerischen und sportlichen Betätigung liegen ja Antriebe zur Charakterbildung, die wir jetzt bei der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht noch viel nötiger haben als früher. Gerade daraus läßt sich so mancher Schluß ziehen, ob Mut und Ausdauer, Geistesgegenwart und Willenskraft in dem Prüfling erwachsen sind, doch soll das weder ein Wettturnen noch eine Schaustellung abgeben.

Der ganze Mensch soll geprüft werden — daher wird der Prüfungsausschuß jetzt ermächtigt, grundsätzlich darüber zu entscheiden, ob und inwieweit im Hinblick auf die Gesamtreife und die Persönlichkeit des Prüflings über unzureichende Leistungen hinweggesehen werden kann. Das gilt ganz grundsätzlich, wird dem pflichtgemäßen Ermessen des Ausschusses ohne jede Einschränkung überlassen. So hat der Lehrer, auf dem ja die Arbeit lastete, dem Prüfling die geistige Reife zu bringen, auch noch die Verantwortung zu tragen für die Beurteilung dieser Reife, eine Verantwortung, die vielleicht nur dadurch tragbar ist, daß sie eine völlig freie, von keinerlei Verordnungen eingeschränkte ist.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der deutsch-russische Vertrag ratifiziert.

Im Auswärtigen Amt hat der Austausch der Ratifikationsurkunden des zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken am

24. April 1926 in Berlin unterzeichneten Vertrages und des zugehörigen Notenwechsels stattgefunden. Der Austausch wurde von deutscher Seite von dem Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, von seiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken von dem Botschafter Krestinsky vorgenommen.

Neugründung des Spartakusbundes.

Die Allgemeine Arbeiterunion (Einheitsorganisation), der Industrieverband für das Verkehrsgewerbe und die Opposition der Kommunistischen Partei Deutschlands (linke K. P. D.) haben sich, nach einer Mitteilung des Abgeordneten Katz, zu einem Spartakusbund linkskommunistischer Organisationen zusammengeschlossen. Der Spartakusbund knüpft an das alte Spartakusprogramm Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs an, will die Loslösung des internationalen Proletariats von der Moskauer Staatspolitik, bekämpft den Parlamentarismus und die Amsterdamer (Freien) Gewerkschaften.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Staatssekretär Meißner, der politische Berater des Reichspräsidenten, ist aus der Demokratischen Partei ausgetreten.

Paris. Der „Quotidien" teilt mit, daß Abd-el-Krim nach Madagaskar verschickt werden wird.

Wien. Zu Ehren des Generalkommissars des Völkerbundes, Zimmermann, der Österreich nach Aufhebung der Finanzkontrolle jetzt verlassen hat, fand beim Bundespräsidenten ein Abschiedsessen statt. Der Bundespräsident hat Zimmermann das große goldene Verdienstkreuz für Verdienste um die Republik verliehen.

Die Ursachen des Zusammenbruchs.

Aus dem Untersuchungsausschuß des Reichstags.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages für die Ursachen des Zusammenbruchs im Jahre 1918 hielt wieder mehrere Sitzungen ab.

Sachverständiger Oberst Schwerdtfeger wies darauf hin, daß eine Hauptursache aller falschen Politik während des Krieges in der ungenügenden Orientierung der öffentlichen Meinung über die wahre Lage an der Front zu erblicken sei. Abg. Joos (Ztr.) erstattete Bericht über

die weitere Untersuchung der Marinevorgänge.

Sämtliche Zuschriften, die in den letzten Wochen an den Ausschuß, den Vorsitzenden oder einzelne Abgeordnete gegangen waren, soweit sie nicht rein privaten und vertraulichen Charakter hatten, waren auf Beschluß des Unterausschusses dem Berichterstatter zugeleitet worden. Auf Grund dieser Zuschriften und der im Ausschuß bisher geführten Untersuchung bezeichnete der Berichterstatter als die Hauptquelle aller Mißbilligung und Unzufriedenheit

die Passivität der Marine.

Hinsichtlich der Politisierung der Flotte erklärte es der Berichterstatter für erwiesen, daß eine Beeinflussung durch die U. S. P. stattgefunden habe. Aber der Riß zwischen oben und unten, Führern und Geführten, Industriellen und Arbeitern, Land und Stadt, Offizieren und Mannschaften sei durch das ganze Volk gegangen. Daß die gelegentlich der Meuterei von 1917 gefällten Todesurteile „juristisch vertretbar" gewesen seien, scheint dem Berichterstatter bisher nicht widerlegt. Über die Art der Untersuchungs- und Prozeßführung müssen die Nachforschungen fortgesetzt werden. Die Sondersachverständigen Stumpf und Alboldi bezeichnen als die Hauptursache des Unglücks auf der Flotte

die tiefe Kluft,

durch die die Seeoffiziere von allen anderen Teilen der Besatzung geschieden waren. Nicht eine Teilung in vaterlandsliebende und nichtvaterlandsliebende Elemente habe sich auf den Schiffen herausgebildet, sondern ein Gegensatz aller gegen die Seeoffiziere. Die Revolution sei im ersten Stadium völlig planlos gewesen und hätte leicht überwunden werden können. Die Urteile in den Prozessen von 1917 seien hart und ungerecht gewesen. Nach der Ansicht des Sachverständigen Stumpf ist der gute Geist auf den Schiffen durch nichts so erschüttert worden wie durch diese Urteile. Der Sachverständige General von Kuhl hatte darauf hingewiesen, daß während des Rückzugs der deutschen Armee im Jahre 1918 auf die Maaslinie die Agentennachrichten sich mehrten, nach denen die englische Flotte eine Landung in Holland zum umfassenden Angriff auf den deutschen rechten Flügel beabsichtigte. Diese Äußerung des Sachverständigen rief eine erregte Auseinandersetzung über die Frage hervor, ob England in diesem Stadium des Krieges

die holländische Neutralität gebrochen

haben würde. Abg. Dr. Bergsträsser (Dem.) bezeichnete diese Vorstellung als grotesk. Die Ausführung des Generals von Kuhl beweise, daß die O. H. L. außerstande gewesen sei, die neue politische Situation zu begreifen. General Foch habe für den 14. November einen großen Umfassungsangriff in Lothringen geplant, worauf von General Kuhl selbst hingewiesen worden sei. Aus den Berichten der Kampfdivisionen gehe eindeutig hervor, daß die deutsche Front einem solchen Angriff nicht mehr hätte standhalten können.

Reichshilfe für die Hochwassergebiete.

Immer noch Gefahrzonen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit den Anträgen der Parteien zur Behebung der Notlage in den verschiedenen Hochwassergebieten. Zur Annahme gelangte ein gemeinsamer Antrag, durch den die Reichsregierung ersucht wird, in Verbindung mit den Ländern die Schäden der Hochwasser- und Unwetterkatastrophe festzustellen und für ausreichende Hilfe zu sorgen. Der Reichstag soll die Reichsregierung ermächtigen, die Mittel vorschußweise zu verauslagen und im Nachtragshaushalt anzufordern. Die zerstörten Damm- und Uferbauten sollen unter Zuhilfenahme der Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge baldigst instandgesetzt und verbessert werden. Inzwischen hat das Reichskabinett beschlossen, Mittel zur Linderung der außergewöhnlichen Not verfügbar zu machen.

Noch ist ein Ende der Hochwasserkatastrophen nicht abzusehen. Von einzelnen Orten wird zwar ein Fallen des Wassers gemeldet, andere dagegen berichten aber ein neues Steigen. Deiche und Dämme an Elbe und Oder sind noch immer gefährdet, und Hochwassergefahr besteht jetzt auch für die Elbmündung. Bei Boizenburg ist der Sommerdeich in einer Breite von 10 Metern durchbrochen worden; wenn es nicht gelingt, die Durchbruchstelle zu dichten, dürfte ein großer Teil der Ernte der Vernichtung anheimfallen. In vielen Dörfern können die Bewohner nur durch Kähne miteinander verkehren. Im Odergebiet ist besonders das Gebiet von Garz gefährdet; es besteht hier größte Gefahr für den Deich. An mehreren Stellen ist infolge des Hochwassers das Wasser so verschmutzt, daß bei verschiedenen Personen, die damit in Berührung kamen, böse Hautentzündungen festgestellt worden sind.

Die Kredite für die Ruhrindustrie.

Die Ansicht des Untersuchungsausschusses

Im Untersuchungsausschuß des Reichstags über die Ruhrindustriekredite stellte der Vorsitzende Abg. v. Lindeiner-Wildau (Dtn.) als Ansicht des Ausschusses fest: Wenn eine Etatsüberschreitung vorliege, so biete sich kein Anlaß, den beiden hier in Frage kommenden Regierungsvertretern subjektive Vorwürfe zu machen, daß etwa mala fides bei ihnen vorliege. Auf eine Beweisaufnahme zu diesem Punkte verzichtete der Ausschuß. Er beschließt, dem Plenum einen kurzen schriftlichen Bericht als Ergänzung zu dem vom Unterausschuß beschafften Material vorzulegen.

Der Ausschuß war bekanntlich eingesetzt worden, um die Vorwürfe zu untersuchen, die der Regierung Luther wegen der Kreditgewährung an die Ruhrindustrie besonders von sozialdemokratischer Seite gemacht worden waren. Es hieß damals, daß der Ruhrindustrie zur Bekämpfung der Schäden des Ruhreinbruchs widerrechtlich 700 Millionen Mark gegeben worden seien.

Die Sanierung des Franken.

Der Konflikt mit der Bank von Frankreich.

Wie der „New York Herald" mitteilt, soll der neue Gouverneur der Bank von Frankreich Weisung erhalten haben, seinerseits mit dem Direktor der Federal Reserve-Bank, Benjamin Strong, und dem Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, die sich beide in Frankreich aufhielten, Verhandlungen einzuleiten, nicht um eine Anleihe vorzubereiten, sondern nur um Versicherungen bezüglich der Stabilisierungsoperation für den Frank zu erhalten. Die französische Regierung sei ihrerseits bereit, zu versprechen, das Schuldenabkommen so rasch wie möglich ratifizieren zu lassen und ein ausgeglichenes Budget, gegründet auf ein stabiles und sicheres Finanzsanierungsprogramm, zu gewährleisten.

Nach der Demission des bisherigen Gouverneurs der Bank von Frankreich, Robineau, ist auch der Generalsekretär der Bank, Aupetit, der Robineaus erster Mitarbeiter war, zurückgetreten. Er sowohl wie Robineau haben sich, entgegen dem Willen der Regierung, dem Gedanken widersetzt, die französische Währung durch Einsatz des Goldschatzes der Bank von Frankreich zu stabilisieren.

In Pariser Finanz- und Börsenkreisen sieht man in dem demonstrativen Rücktritts Aupetits eine Bestätigung für die Auffassung, wonach es in der Absicht Caillaux' liegen soll, die Unabhängigkeit, die sich die Bank von Frankreich bisher gegenüber der Regierung gewahrt hat, stark einzuschränken.



Der abgesetzte Robineau.

Ernste Lage in Spanien.

Vereiteltes Attentat auf den König.

Die Lage in Spanien ist nach wie vor ernst. Da eine strenge Zensur besteht, kommen nur wenig Nachrichten über die Grenze. Am Sonntag hat die Madrider Polizei alle französischen Zeitungen beschlagnahmen lassen. In einigen Städten haben sich die Garnisonen der Bewegung gegen die Diktatur angeschlossen. Die Regierung hat zur Verstärkung ihrer Truppenmacht Militär aus Marokko zurückbeordert. Dem „New York Herald" wird aus Hendaye gemeldet, daß General Weyler, General Aguilera und mehr als hundert Offiziere wegen Beteiligung an dem kürzlich aufgedeckten Komplott gegen das spanische Direktorium verhaftet worden seien.

Wie der „Intransigeant" meldet, hat die Pariser Geheimpolizei aus Anlaß der Reise des spanischen Königspaares umfangreiche Sicherungsmaßnahmen getroffen. Der Polizei ist es gelungen, im letzten Augenblick ein Attentat auf den König zu vereiteln. Fünfzehn spanische Anarchisten, die sich in Paris aufhalten, hatten von Spanien her den Auftrag erhalten, ein Attentat auf den König auszuführen, wozu ihnen größere Geldsummen überwiesen worden waren. Die Pariser Geheimpolizei bekam rechtzeitig Kenntnis von den Vorbereitungen der Anarchisten und konnte sie unschädlich machen. Alle fünfzehn waren schwer bewaffnet.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 1. Juli 1926.

□ **Die Linde blüht.** Es nahen die Tage der Lindenblüte. Das grüne Blättermeer der Lindenbäume prangt von weißen Blüten, die süßen Duft verbreiten und aus denen viele Tausende von Bienen Honig sammeln. Die Linde erfreute sich neben der Eiche seit uralten Zeiten der besonderen Gunst des Volkes. Überall, im Burghofe, auf den Marktplätzen der Städte, auf dem Dorfanger breiteten Lindenbäume ihre Äste aus. Die Dorfjugend tanzte unter den Lindenbäumen, unter denen in feierlicher Stunde die Alten des Dorfes Rats pflogen. Als Merkzeichen für besondere Anlässe pflanzte man einen Lindenzweig in fruchtbare Erde, der später als mächtiger Baum den Enkeln Kunde gab von dem Tun und Treiben der Großväter. Das Volkslied und die Sage wissen viel von der Linde zu singen. Manch heiteres, manch trauriges Lied singt vom Lindenreis, das die Liebste dem scheidenden Burschen an den Hut steckte. Und wer kennt nicht das Lied von der Lindenwirtin, das Rudolf Baumbach gesungen hat! Die Blüten der Linde geben einen geschätzten Tee, wenn sie getrocknet worden sind. Das Holz jedoch wird nicht gerade gesucht, da es sehr weich ist.

—* **Straßensperrung.** Die Sperrung der Provinzialstraße Langschede—Hattingen wird ab Montag, den 28. Juni 1926 vormittags 6 Uhr aufgehoben. Wegen Neudeckung wird die Provinzialstraße Iserlohn—Niederhemer von der Stadtgrenze Iserlohn bis zur Einmündung der Straße Westig—Niederhemer von Dienstag, den 29. Juni 1926 ab vormittags 6 Uhr bis auf weiteres für

Das Schwert von Thule.

Roman von Leontine von Winterfeld-Platen.
Copyright by Greiner & Comp., Berlin W 30.
(Nachdruck verboten.)

14. Fortsetzung.

Dann fiel sie wieder matt in die Kissen zurück und lauschte auf den Nachtwind, der zum Sturm geworden war. Und jetzt faltete sie die schmalen, weißen Hände auf der Bettdecke.

Wo er wohl zu dieser Stunde weilt, mein armer Liebster! Ob seine Seele auch so traurig und heimatlos irrt wie die meine? Er wollte fort von hier — weit, weit fort, in die kalte, riesengroße Welt. Weil sie ihm hier das Leben zur Qual gemacht haben mit all ihrer bitteren Härte. O, daß ich mit ihm könnte! Bettelarm wollte ich ziehen mit ihm durch die Lande. Nur, daß er ein Herz hat, das für ihn schlägt — an dem er sich ausruhen kann, wenn er müde ist."

Sie schleuchzte auf.

„Vor seinem Bruder Fridolin hat er in den Knien gelegen und ihn beschworen um sein Erbe. Weil es dies allein ist, was die Eltern wollen. Aber der Bruder hat ihm den Rücken gewandt und die Achseln gezuckt und gesagt, er könne es nicht. Nun will ich den Schleier nehmen und beten für meines Liebsten arme, einsame Seele."

So sprach sie halblaut, in Tränen erstickt — mit müder, schwerer Stimme. Indes die Hände immer noch reglos gefaltet auf der weißen Decke lagen.

Und unablässig, die ganze Zeit, während die andere sprach schrie es in Heilwigs Seele:

Du kannst ihr helfen! Du allein! Die Muhme hat es auch gesagt! O, sieh ihr großes Leid und ihren Jammer und hilf ihr! Oder willst du schuld daran sein, wenn sie stirbt an ihrem Weh? So wie du schon schuld daran worden bist, daß der Hasselbachsohn fort will aus seinem Vaterhaus? Willst du nun auch noch schuld sein, daß die Hasselbachtochter zugrunde geht an ihrem Leid? Oder, was hoffst du noch von deinem Leben? Ist nicht doch das Schönste von deinem Leben tot, seit du die Heimat lassen mußtest? Hat nicht der Ahne gesagt, daß die Nordlandskinder stolz und hart sein müssen gegen sich selbst? Und wenn es an ihr eigen Herzblut geht?

Mitten im Zimmer stand Heilwig und hatte den Kopf lauschend gehoben. Ihr Angesicht war weiß wie der Tod. Sie wußte nicht mehr, was das Rechte war. Nur eins wußte sie, daß sie Elisabeth nicht mehr so leiden sehen konnte. Wie im Fieber jagten ihre Gedanken und überstürzten sich. Alle die fremden, seltsamen Dinge, der letzten Tage, die so jäh auf sie eingestürmt waren, rissen und zerrten wild an ihrer wunden Seele.

Und jetzt kniete sie neben dem Bett der Weinenden und umfing sie fest mit beiden Armen.

„Du darfst nicht mehr weinen, Elisabeth, hörst du? Denn es wird ja nun alles gut jetzt — alles, alles gut. Ich verspreche es dir mit einem Eid, daß du den heiraten wirst, den du so liebst. Und nun sei still — ganz still."

Elisabeth starrte sie an.

„Wie kannst du mir das versprechen, Heilwig? Bist du denn Gott?"

Heilwig sah an ihr vorüber in die stürmende Herbstnacht hinaus.

„Glaube mir, Elisabeth, es wird alles gut. Ich schwöre es dir. Morgen früh wird deine Mutter zu dir kommen und dir sagen, daß du ihn heiraten kannst."

Und es war etwas so Bestimmtes, Sieghaftes in ihren Worten, daß Elisabeth nichts mehr sagte. Nur den Kopf lehnte sie todmüde in den Arm der anderen. Und ihre Lippen lächelten in seliger Verträumtheit. So schlief sie ein.

Und Heilwig saß regungslos wie ein Marmorbild, und wagte nicht, sich zu rühren.

*

Ueber die Dünen geht der Nordwind. Unter seinem kalten Kuß beugten sich die grauweißen Stranddisteln und das lange fahle Seegras. Er peitscht die Wellen der Ostsee, daß sie sich brüllend wie schäumende Tiere gegen den Strand aufbäumen in wildem Rasen.

Im Tosen des Sturmes steht einsam ein Mann am Strande.

Er steht steil und aufrecht, die Hände auf sein Schwert gestützt. Das Schwert ist blutig. Und neben ihm wölbt sich ein Hügel wie ein frisches Grab. Hat es der einsame Mann selbst gegraben mit seinen Händen oder mit einem Schwert? Um seinen zerbeulten Helm schießen kreischend die Möwen, die gegen den Nordwind kämpfen.

Und alles ist ein stilles, dunkles Grau ringsum, die Regenwolken, die schwer herniederhängen, das Meer und die Dünen.

Die Warnow stromab kommt ein Kahn. Der darin sitzt, braucht weder Ruder noch Segel, denn die Flut treibt ihn ganz von selbst der See zu.

Der Mann am Strande hat mit scharfem Auge den Kahn erspäht, trotz der Dämmerung. Aber er bleibt regungslos stehen, immer noch auf sein blutiges Schwert gestützt. Er sieht, wie der Mensch im Kahn zur See hinaus steuern will. Aber die Wogen zu wild und gewaltig sind, und ihn hindern. So daß er beidreht und den Kahn an einem der Uferpfähle festmacht vor der Mündung des Stromes Und dann steigt der Mensch selbst an den Strand, wo sich ihm der Wind entgegenwirft mit aller Macht.

Da sieht der Mann mit dem Schwert, daß das andere ein Weib ist. Sie hat es schwer, gegen den Sturm anzugehen, weil sich der Wind in ihren Kleidern fängt. Ein dunkles Tuch hat sie fest um die Schultern gezogen und hält es über der Brust mit den Händen zusammen. Das helle, gelbe Haar fliegt ihr im Wind, ob es auch in feste, starke Zöpfe geflochten ist.

So kommt sie langsam den Strand entlang, Schritt für Schritt sich erkämpfend im Sturm.

Als sie an dem Manne vorüberkommt, sieht er, daß ihr Gesicht weiß wie Schnee ist und daß ihre Augen starr geradeaus sehen auf die weiten, grauen Wasser. Für den Zeitraum einer Sekunde streift ihr Blick seine steile, regungslose Gestalt und sein blutiges Schwert. Und auch das frische Grab zu seinen Füßen. Aber ihr Fuß stockt nicht. Ruhig und furchtlos schreitet sie weiter. Stumm und grußlos an ihm vorüber.

(Fortsetzung folgt.)

überaus starkem Rollen begleitet war, verspürt. In Freiburg i. B. beobachtete man die Erschütterung in einem verhältnismäßig starken Schwanken hochgebauter Häuser. In Lahr ging dem Erdstoß, der ziemlich stark war, ein Brausen wie von einem Sturm voran. Viele Leute stürzten, nur halb bekleidet, auf die Straße. In manchen Orten bemächtigte sich der Bevölkerung eine große Panik. Ernsthafter Schaden scheint nirgendwo entstanden zu sein.

Nach Meldungen aus Batavia wurde von einem besonders heftigen Erdbeben die Insel Sumatra heimgesucht. Die Residenz des Gouverneurs in Padang und zahlreiche von Europäern bewohnte Gebäude wurden schwer beschädigt. In Singapore wurden ebenfalls starke Erdstöße verspürt.

Automatische „Zugbeeinflussung".

Eine bedeutungsvolle Erfindung.

Die meisten Eisenbahnunfälle sind auf das Überfahren von Haltesignalen zurückzuführen. Es ist daher immer wieder die Frage aufgetaucht, ob sich ein solches Überfahren von Signalen nicht durch eine automatisch wirkende Einrichtung, durch die man bei Halt am Signal die Bremsen ohne Mithilfe des Lokomotivführers zur Betätigung bringen kann, vermeiden ließe.

Um nun den heutigen Stand der Zugsicherung vorzuführen, hatte die Deutsche Reichsbahngesellschaft dieser Tage Vertreter der Presse zu einer mehrtägigen Besichtigungsfahrt, die über 2000 Kilometer führte, eingeladen. Es wurden verschiedene Arten der „automatischen Zugbeeinflussung" vorgeführt, die „interessanteste" in Bingen. Sie ist verblüffend einfach: An dem Hauptsignal hängt ein eiserner Bügel herab. Ist das Signal auf Halt gestellt, so wird der Bügel von dem Anschlag der vorüberfahrenden Lokomotive abgerissen. Hierbei wird die Bremse ausgelöst und der Zug bleibt sofort stehen. Man probierte das im Beisein einer vieltausendköpfigen Menge, die in brausende Hochrufe ausbrach, als alles tadellos funktionierte. Der Apparat, der vom Reichsbahnrat Rose und dem Werkführer Beickle erfunden wurde, kostet nur einige zwanzig Mark.

Der Richter unter Mordanklage.

§ Breslau, 29. Juni.

Der erste Verhandlungstag im Prozeß gegen den Amtsgerichtsrat Josephsen brachte Schilderungen des Angeklagten über seine Beziehungen zu den beiden Frauen, die sein Schicksal wurden, Schilderungen, die nicht besonders erquicklich waren. Josephsen bezeichnete die Hauptbelastungszeugin Rodestock, die aus dem Irrenhause in Bunzlau vorgeführt wird, als eine stark hysterische Person, mit der er wiederholt heftige Streitigkeiten, ja sogar Prügeleien auf offener Straße gehabt habe und von der er sich doch nicht habe lossagen können, ebensowenig wie er sich von seiner zweiten Geliebten, der Nebenklägerin Hesse, ganz befreien konnte, obwohl sie dauernd an ihm Erpressungen verübt haben soll. Ein Antrag der Verteidigung, der die Durchforschung des Vorlebens der Hesse bezweckt, wird von der Staatsanwaltschaft verampft; das Gericht wird entscheiden, ob diesem Antrage Folge zu leisten ist.

Im übrigen befindet sich unter den fünf Laienrichtern, die neben drei Juristen über Josephsen zu Gericht sitzen, auch eine Frau. Der Angeklagte verteidigt sich, obwohl er ein kranker Mann ist, mit großer Lebhaftigkeit und in freier, fließender Rede. Unter den zuerst vernommenen Zeugen befanden sich mehrere Rechtsanwälte, bei denen Frl. Rodestock als Stenotypistin beschäftigt war. Fast alle bezeichneten sie als intelligent, aber als sehr unzuverlässig, launenhaft und verlogen.

Kleine Nachrichten.

Die französische Regierungserklärung.

Paris. Die Regierungserklärung, die von Ministerpräsident Briand in der Kammer und von Justizminister Laval im Senat verlesen wurde, betont, daß die Zusammensetzung des Kabinetts ein Beweis dafür sei, daß es jede politische Erwägung in den Hintergrund stelle und sich von dem Geist der weitestgehenden nationalen Versöhnung leiten lasse. Der glückliche Abschluß der Marokkokrise und die Erledigung der militärischen Operationen in Syrien werden es Frankreich ermöglichen, sich ganz dem Werk des finanziellen Wiederaufbaues zu widmen. Wenn auch die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt seien und wenn der Wille zur strengen Sparsamkeit in der ganzen Staatsverwaltung zu der Hoffnung berechtigen, daß man den Steuerzahler nicht aufs neue zu beträchtlichen Leistungen heranziehen müsse, so scheine es doch notwendig, das System, dessen Schwächen die Erfahrung habe hervortreten lassen, zu reformieren. Es sei notwendig, vor allem den Satz der allgemeinen Einkommensteuer und die Steuer auf die Übertragung mobiler Werte zu ermäßigen. Ein Ausgleich dafür werde in einer neuen Staffelung der Steuersätze und dadurch gefunden werden, daß das bisherige verwickelte und in seiner Wirkung illusorische Kontrollsystem durch eine geeignetere und biegsamere Art der Überwachung ersetzt werde. Diese Maßnahmen würden zur Folge haben, daß die Steuern besser eingingen und dazu beitrügen, den Sparern Vertrauen einzuflößen. Die Regierung werde auf Grund des Finanzsachverständigenplanes, dessen große Linien sie in Übereinstimmung mit den allgemeinen Anschauungen ihrer Finanzpolitik wisse, dem Parlament die Maßnahmen vorschlagen, die ihr geeignet erscheinen, die kurzfristigen Verpflichtungen zu tilgen und das Schatzamt wieder in eine normale Lage zu bringen.

Briand erklärte weiter, daß Caillaux am Dienstag eine umfassende Darstellung der Finanzlage geben werde. Dem Kabinett wurde mit 291 gegen 130 Stimmen bei etwa 140 Stimmenthaltungen das Vertrauen ausgesprochen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Der vertagte Barmat-Prozeß. Die Prozeßverhandlung gegen die Gebrüder Barmat, die bald nach den Gerichtsferien beginnen sollte, dürfte, neueren Nachrichten zufolge, erst im Januar oder Februar 1927 stattfinden. Landgerichtsdirektor Neumann, der in dem Prozeß den Vorsitz führen soll, wurde mit der Durchführung der Untersuchung gegen den Justizrat Claß betraut und mußte daher die vorbereitenden Arbeiten für den Barmat-Prozeß zurückstellen. Daher die neue Vertagung.

Spiel und Sport.

N. Berliner Leichtathleten am Sonntag in Paris. Zum ersten Male nach Kriegsende starten am 4. Juli Berliner Leichtathleten in Paris. Es sind dies: Malitz-Berliner SC., Troßbach-Berliner SC., Schmidt-Teutonia 99, Schlößke II-Brandenburg, Schmidt-SCC. und Merkel-Deutscher SC.

N. Dr. Lasker zurück nach Deutschland. Der Weltmeister im Schachspiel, Emanuel Lasker, ist von seiner Amerikareise zurückgekehrt.

N. Der deutsche Wasserballmeister geschlagen! In Lübeck fand ein internationales Schwimmfest statt, dessen größte Überraschung die Niederlage des deutschen Wasserballmeisters Wasserfreunde-Hannover gegen die Wiener Vienna war; die Wiener siegten mit 4 : 3.

Sp. Neuer Flugweltrekord. Die beiden Brüder Arrachart, die am 26. Juni in Le Bourget (Frankreich) mit einem Potez-Renault-Apparat gestartet sind, haben den Weltrekord der längsten Entfernung ohne Zwischenlandung geschlagen. Sie sind nach einem Fluge von 26½ Stunden Dauer in Bassora am Persischen Golf gelandet. Die zurückgelegte Strecke beträgt rund 4375 Kilometer.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 29. Juni.

* Börsenbericht. Der Grundton der Börse war zwar durchaus weiter fest, die Kursbildung an den einzelnen Marktgebieten aber keineswegs einheitlich. Erhöhungen und Abschläge hielten sich ungefähr die Wage. Das Geschäft war während des ganzen Verlaufs, abgesehen von zeitweisen Belebungen an einzelnen Gebieten, relativ ruhig. Am Geldmarkt ist tägliches Geld sehr stark gesucht. Dementsprechend zeigte der Satz hierfür mit 5 bis 7 % erneut anziehende Tendenz.

* Devisenbörse. Dollar 4,19—4,20; engl. Pfund 20,41—20,46; holl. Gulden 168,52—168,94; Danz. 81,06 bis 81,26; franz. Frank 11,99—12,03; belg. 11,83—11,87; schweiz. 81,22—81,42; Italien 15,20—15,24; schwed. Krone 112,56—111,84; dän. 111,24—111,52; norweg. 92,13 bis 92,47; tschech. 12,42—12,46; österr. Schilling 59,38 bis 59,52; poln. Zloty 42,11—42,33.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf

Wetterbericht.

Essen, 29. Juni. Nach Abzug des skandinavischen Tiefdruckgebietes breitet sich nunmehr der hohe Luftdruck über ganz Mitteleuropa aus, sodaß mit Eintritt wärmeren und heiteren Sommerwetters gerechnet werden kann. In Deutschland herrschte heute morgen überall wolkiges bis heiteres Wetter bei nordöstlichen Winden und Temperaturen zwischen 11 und 16 Grad.

Wetteraussichten bis Donnerstag: Tagsüber zunehmende Erwärmung und wolkig, nachts heiter und kühl. Meist trocken bei östlichen bis nordöstlichen Winden.

Bullen nachstehender Besitzer sind für das Jahr 1926 **angekört worden:**

1.) Gebrüder Abel, Schultenhedfeld,
2.) Gustav Schröder, Schrödersherweg,
3.) Karl Dornbach, Dornbach,
4.) Wilhelm Pulvermacher, Bommert,
5.) Karl Pulvermacher, Kuhlen,
6.) Wilhelm Bremicker, Schöneberge,
7.) Hugo Ehringhaus, Vormbaum,
8.) August Klostermann, Kreisch,
9.) Wilhelm Clever, Halverscheid,
10.) Karl Höhmann, Heesfeld,
11.) Otto Winkhaus, Carthausen,
12.) Albert Schürfeld, Othmaringhausen,
13.) Hermann Clever, Ehringhausen,
14.) Gustav Schriever, Schlachtenrade,
15.) Hermann Dahlhaus, Birkenbaum,
16.) Heinrich Pastors, Oberhövel,
17.) Ernst Kirchhoff, Bergfeld,
18.) Wilhelm Schürfeld, Gesenberg,
19.) Robert Bergmann, Hohenplanken.

Halver, den 28. Juni 1926.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Die Arbeiten und Lieferungen zur Herstellung von Uferbefestigungen und kleinen Ufermauern entlang der Volme zwischen Hagen-Ambrock und Dahl, am Bahnhof Breckerfeld-Priorei, bei Dahlerbrück und Schalksmühle, sowie zur Beseitigung von Geröllmassen aus dem Flußbett an der Volmebrücke am Bahnhof Breckerfeld-Priorei sollen ungeteilt vergeben werden.

Angebotshefte werden im hiesigen Geschäftsgebäude, Oststraße 12, Zimmer 14, für 3 Mark in bar abgegeben oder gegen post- und bestellgeldfreie Bareinsendung dieses Betrages zugesandt.

Am **Donnerstag, den 8. Juli d. J.** findet eine Streckenbegehung statt; Treffpunkt 2,05 Uhr nachm. Bahnsteigtunnel Hagen-Ambrock, Weiterfahrt ab Bahnhof Breckerfeld-Priorei 4,25 Uhr nachm. nach Dahlerbrück.

Die Oeffnung der Angebote findet am **Dienstag, den 13. Juli d.J.,** vorm. 10 Uhr im Geschäftsgebäude, Oststraße 12, Zimmer 31, statt.

Fertigstellungsfrist: Zehn Wochen, Zuschlagsfrist: Drei Wochen.

Hagen i. W., den 26. Juni 1926.

Deutsche Reichsbahngesellschaft. Betr.-Amt 2.



Fahrräder



Nähmaschinen stets am Lager.

Reparaturen werden prompt und billigst ausgeführt.

Albert Linnepe, Halver

— Telefon 192. —

Aufgebot.

1. Der Kaufmann **Walter Krägeloh** zu **Dahlerbrück,**

2. Der Kaufmann **Eugen Krägeloh** zu **Dahlerbrück,**

vertreten durch den Rechtsanwalt **Schmidt II** in **Hagen (Westf.),** haben das Aufgebot des verloren gegangenen Hypothekenbriefes über das im Grundbuch von Breckerfeld, Band 22, Blatt 406, in der 3. Abteilung unter Nummer 6 für Emilie Bühren, Breckerfeld, eingetragene Kaufgeld von 3000 Mark — dreitausend — (Teil von ursprünglich 12000 Mark) — mit 4½ Prozent jährlich am 1. Mai 1912 verzinslich, beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den **1. Dezember 1926,** vorm. 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 10, anberaumten Angebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Hagen (Westf.), den 2. Juni 1926.

Das Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **25. August 1926** vormittags 11 Uhr — an der Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 8 — versteigert werden das im Grundbuche von Kierspe Band 15 Blatt Nr. 385 (eingetragener Eigentümer am 9. Juni 1926, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: **Metallhüttenwerk Häusler G. m. b. H. zu Kierspe-Bahnhof)** eingetragene Grundstück Gemarkung Kierspe Kartenblatt 18 Parzelle Nr. 281, Acker Nocken, groß 44 ar 33 qm.

Meinerzhagen, den 24. Juni 1926.

Das Amtsgericht.

Empfehle mein reichhaltiges Lager

Ia. Zigarren, Zigaretten

Rauch- u. Kautabak

nur beste Qualitäten erster Firmen

Große Auswahl in

Amboina, Bruyere-

Pfeifen und Mutzen

Feuerzeuge u. sonst. Raucherutensilien

Fr. Herm. Bohmer,

Bahnhofstr. Schalksmühle. Bahnhofstr.

Vollmer Turnverein Oberbrügge.

30. Bezirks-

Wetturnen

des VI. Bezirks Märk. Turngaues

am 4. Juli 1926.

Festordnung:

Samstag, 3. Juli

Nachm. 4 Uhr: Empfang der ankommenden Turner a. Bahnhof Oberbrügge.

Nachm. 5 Uhr Kampfrichtersitzung im Vereinslokal (Fritz Wilke Ehringhausen)

Sonntag, 4. Juli

Morgens 6 Uhr Weckruf durch das Trommle- und Pfeiferkorps des Vollmer Turnvereins Oberbrügge

„ 7 Uhr Beginn des Wetturnens.

Mittags 12 Uhr Gemeinschaftliches Festessen im Festlokale.

Nachm. 1½ Uhr Antreten zum Festzuge am Vereinslokale.

3 Uhr Begrüßung, anschließ. Allgemeine Freiübungen des ganzen Bezirks, Sondervorführungen, Musterriegenturnen, Damenturnen usw. verbunden mit Konzert auf dem Festplatze.

6 Uhr Verkündigung d. Sieger.

Abends 8 Uhr **Großer Festball.**

Die Musik wird ausgeführt von dem Städt. Orchester Lüdenscheid unter persönl. Leitung des Herrn Musikdirektors Kaus.

Der Festausschuß.

Garderobe auf Teilzahlung

RIESEN AUSWAHL
BILLIGE PREISE
HOCHWERTIGE WARE
SORGFÄLTIGE BEDIENUNG
STRENGE DISKRETION
VERKAUF NUR 1. ETAGE

SIEGFRIED GÄRTNER

ELBERFELDERSTR. 21 I. ETAGE

HAGEN i. WESTF.

Fahrtvergütung für Auswärtige.



Seidenweiches lockeres Haar durch

„Schaumpon"

mit dem schwarzen Kopf

DAS ALTBEWÄHRTE KOPFWASCHPULVER

Gläubiger,

die noch **Forderungen** an verst. **Frau Heinr. Kohlhage, Lingese** b. Kierspe haben, werden gebeten, dieselben innerhalb **14 Tagen** einzureichen an:

Wilhelm Winter, Kierspe-Bahnhof i. W., Hochstraße

Die gesetzlichen Erben.

Landwehr-Verein Schalksmühle.

Die Kameraden, welche an der Befreiungsfeier in Dortmund am Sonntag, den 4. Juli teilnehmen wollen, werden gebeten, sich spätestens bis Freitag, den 2. Juli, beim Schriftführer C. Schröder, Bahnhofstraße 6, zu melden.

Fahrpreis: 3. Klasse Mk. 3.60, 4. Kl. M. 2.50 Eintritt 1.— Mk.

Um rege Beteiligung bittet der Vorstand.

Wer liefert Schanzen für Kesselfeuerung?

Angabe des äußersten Preises erbeten unter Nr. **K 570** d. Expedit. des Allg. Anz. Halver.

Schriftl. Heimarbeit verg. Vitalis-Verlag, München S. W. 4.

Wo findet strebsamer u. ehrlicher **junger Mann** der Stenogr. und Maschinenschreiben kann u. ber. 5 J. a. ein. Kontor tätig war, irgend eine **Stellung** auch in einem Ladengeschäft.

Angeb. unt. **H. 100** an den Allg. Anz. Halver.

Kochsalz Viehsalz

auf Lager vorrätig

C. Zimmermann, Ohl-Rönsahl

Fernruf Nr. 11.

Reise-Körbe Wäsche-Körbe Einhol-Körbe

empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.